

10 x Themenführerschaft bei Agrarthemen durch den UBV

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik: Landwirtschaft neu Denken & Gestalten = Ökosozial Leben

1

Für diese neuen Wege hat der UBV ein Programm geschrieben, worin auf der Basis von ökonomischen Fakten festgehalten ist, was Land- und Forstwirte konkret brauchen, damit sie ökonomisch wieder eine Zukunft haben. Dabei gibt es keine Denkverbote für neue Ideen, um neue Wege gehen zu können. Geht nicht gibt's nicht. Die nachstehenden 10 Punkte, mit welchen der UBV die Themenführerschaft zu Agrarfragen erhalten hat, brauchen eine rasche Umsetzung, sollen Bauern bei uns eine Zukunft haben.

Es braucht Lösungen und keine Ausreden!
Wer etwas ändern will, findet Wege und hat Lösungen!
Wer nichts ändern will, findet Ausreden!

1) Desaströse Bauerneinkommen:

Der UBV zeigt konkret auf, dass die Land- und Forstwirte seit 1994 ein monatliches Arbeitseinkommen zwischen 533 und 874 Euro im Monat (14-mal gerechnet) haben. Nachzulesen im „Grünen Bericht“. Das ist eine unakzeptable Zumutung. Der Hauptgrund sind die untauglichen Spielregeln sowie eine bauernfeindlichen GAP. Das muss sich ändern.

2) Es braucht echte, taugliche Spielregeln am Markt - Beispiele:

- ✓ **Stopp des schrankenlosen Imports von Lebensmittel** (auch aus der EU) ohne Kontrolle – das öffnet dem Betrug Tür & Tor sowie maximal 100% Preisaufschlag beim Handel mit Lebensmittel für den Lebensmittelhandel. Damit wird der Preisdruck auf die regionale Produktion durch Billigimporte sofort abgestellt
- ✓ **Verbot des Imports von Lebensmitteln**, wenn die Produktionsauflagen nicht unseren Vorgaben entsprechen.
- ✓ **Stopp des Imports von Produkten**, wofür Regenwald gerodet wurde
- ✓ **Erweiterung der Urprodukte Liste!** Es kann nicht sein, dass ein Bauer seine selbst erzeugten Produkte nicht weiterverarbeiten und dann verkaufen darf
- ✓ **Stopp von Handelsverträgen, wo die Bauern die Zeche – sprich die Gewinne - für andere Industrien zahlen. Daher Stopp von MERCOSUR -TTIP -CETA usw.**

3) Leistungsprämie für CO2 Speicherung und O2 – Sauerstoff Produktion

Wir wollen für diese Leistungen eine Abgeltung. Der Zertifikatshandel darf nicht zur Spielwiese und Cashcow von Automobilkonzernen werden

4) Leistungsabgeltung für die bisher gratis bereit gestellte Kulturlandschaft

Wir wollen für die bisher gratis bereit gestellte gepflegte Kulturlandschaft eine echte Abgeltung der von uns erbrachten Leistungen. Es gibt nichts umsonst auf dieser Welt.

5) Es braucht eine Inflationsabgeltung

Wir fordern (übrigens als einzige Bauernvertretung in ganz Europa) eine Abgeltung der Inflation, seit dem EU-Beitritt beträgt diese rund 56 Prozent. Die Landwirtschaft ist die einzige Branche, wo es seit dem 2. Weltkrieg keine echte Inflationsabgeltung gibt!!

6) Stopp des Kaufkraftverlust 90% und mehr: Es braucht Mindestpreise für Agrarprodukte

- ✓ Die Konsequenz der fehlenden Inflationsabgeltung bedeutet einen Kaufkraftverlust z.B. bei der Milch seit dem EU-Beitritt von 90% und mehr.
- ✓ Die Milchbauern zahlen bei jedem Kilogramm erzeugter Milch dazu. Wenn die Produktionskosten bei 45 Cent und mehr liegen und die Erzeugerpreise 2020 im Durchschnitt (also alle Milchpreise inklusive Heu- sowie Biomilch gemittelt) nur bei 43 Cent liegen, dann haben die Milchbauern ein großes Problem.
- ✓ **Es braucht daher einen Erzeuger Milchpreis (Bauernmilchpreis) für Milch von zumindest 70 Cent.** Für Bio- oder Heumilch muss der Milchpreis um 30% höher sein. Ansonsten ist jede Investition eine Lotterie und der Bauer zahlt einen neuen Stall mit der Substanz = Grundstücksverkauf.

7) Wir fordern eine nicht rückzahlbare Investitionsprämie

Der UBV fordert eine nicht rückzahlbare Investitionsprämie je Arbeitsplatz (AP) in der Land- und Forstwirtschaft von 1.500 Euro je Monat = 18.000 Euro je Arbeitskraft (umgelegt auf 150.000 Betriebe = 48.000 je Betrieb)

8) Es braucht eine Besserstellung der Bäuerinnen, konkret:

Mindestpension von 1.200 Euro sowie je Kind zusätzlich 200 Euro

9) Übernahme der SV Beiträge als Corona Hilfsmaßnahme für die Jahre 2020 und 2021

Was tut die Regierung? Sie verspricht eine Entlastung in der Sozialversicherung und erhöht dann die Beiträge um 3%. Der UBV lehnt es ab, dass man gesetzlich Beitragserhöhungen festschreibt, auch wenn die Einkommen sinken

10) Wir fordern die gesetzliche Festschreibung der Eigenverantwortung bei der freiwillig gestatteten Benützung von Privateigentum – z.B. Almen, Weiden, Wald usw.

UBV Programm zum Download: www.ubv.at